

## B 2: Verhinderungspolitik der CSU und plumpe Propaganda

Was der CSU-Fraktionsvorsitzende Lohde im letzten Rathausreport vom Stapel gelassen hat, ist ein offensichtliches Wahlkampf-Pamphlet, das in der Sache leicht zu widerlegen ist. Im RathausReport vom Mai bin ich auf die B 2-Thematik bereits eingegangen, Folgendes möchte ich aus aktuellen Gründen festhalten:

1. Was über die Haltung des erkrankten OB Pleil zum Thema B 2 neuerdings von der CSU ausgesagt wird, ist teils ungenau, teils falsch. Das Protokoll der Stadtratssitzung vom 30. Juni 2015 gibt über das bis dahin praktizierte und weiter geplante Vorgehen in Sachen B 2-Umwidmung Auskunft – und die CSU tut so, als habe es den entsprechenden Bericht mit anschließender Aussprache nicht gegeben (Belege: Fürstenfeldbrucker Tagblatt vom 3. Mai 2016, Brief des Zweiten Bürgermeisters Erich Raff an das Bundesverkehrsministerium vom 4. Mai 2016; siehe auch Beitrag der BBV-Fraktion im RathausReport vom Mai 2016).

2. Die zentrale Aussage aus dem Brief des Verkehrsministeriums vom 2. Juni 2016, von Lohde lautet: „Die B 2, Garmisch-Partenkirchen – München – Augsburg – Nürnberg – Bayreuth – Hof, ist eine wichtige Achse für den weiträumigen Verkehr, die in den vergangenen Jahren weiter an Bedeutung gewonnen hat.“ Diese Aussage trifft auf den Raum FFB und hier vor allem für das Teilstück Germering – Fürstenfeldbruck **nicht** zu; das wurde auch vom zuständigen Straßenbauamt selbst festgestellt und mit Zahlen des beauftragten Fachbüros belegt („nur rund 13 Prozent Durchgangsverkehr“). Die Gründe für die geminderte Bedeutung der B 2 seien, dass „dem Fernverkehr mit der B 471 und den Autobahnen A 8, A 96 und A 99 leis-

tungsfähige Alternativen zur Verfügung stehen“. Zudem zitiert Herr Lohde unvollständig, wenn er schreibt: „Das Ministerium kommt damit zu dem Schluss, dass eine ‚Abstufung der B 2 nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht möglich sei.“ Geflissentlich hat er das Wort „gegenwärtig“ vergessen. Ein Schelm, wer Absicht unterstellt.

3. Diese Fakten machen auf der Grundlage des Bundesfernstraßengesetzes eine Umwidmung der B 2 im Raum FFB rechtlich möglich; ob sie sich vor Gericht erzwingen lässt, ist jedoch fraglich. Bei dem Ablehnungsschreiben des Verkehrsministeriums handelt es sich übrigens aus verschiedenen Gründen nicht um einen rechtswirksamen Bescheid, sondern um die Mitteilung eines beauftragten Mitarbeiters, ohne Amts- und Titelangabe – par ordre du mufti!

4. Es ist nichts Neues, sondern spätestens seit der von der CSU – freundlich gesagt – „verdrängten“ Stadtratssitzung vom 30. Juni 2015 bekannt, dass die zuständige Behörde eine Umwidmung derzeit wohl ablehnen würde. Deshalb wurde der Stadt geraten, vor einer offiziellen Antragstellung Gespräche und mündliche Verhandlungen zu führen und Verbündete zu suchen.

5. Der BBV ist sehr wohl bewusst, dass durch die derzeitigen politischen Verhältnisse (Verkehrsministerium in CSU-Hand, verstärkte Förderung des Straßenverkehrs zu Lasten der Schiene) auch wohl vorbereitete Verhandlungen nicht unbedingt zu einem baldigen Erfolg im Sinne einer Umwidmung der B 2 führen werden. Sorgfältige Verhandlungen könnten aber mindestens zu einem Kompromiss führen, welcher deutliche Fortschritte im Bereich Ver-



Klaus Quinten, BBV  
Fraktionsvorsitzender

kehrssicherheit, Verkehrsfluss, Tonnagebeschränkung etc. bewirken kann.

6. Ob Umwidmung oder weitreichende Zugeständnisse – es besteht Handlungsbedarf, es muss ge- und verhandelt werden. Die Haltung des 2. Bürgermeisters und seiner Fraktion zielt nur auf **Verhinderung** ab. Es wäre in dem Zusammenhang angebracht, dass auch die CSU geschaffene Tatsachen anerkennt und nicht immer nachtrakt. Eine gemeinsame, von allen Parteien des Stadtrates getragene Haltung könnte gegenüber den staatlichen Stellen ein Signal sein, dass wir alle Verbesserungen für die Verkehrssituation in unserer Stadt wollen. Ein langer Tunnel auf Kosten des Bundes ist wegen der geringen überregionalen Bedeutung der B 2 im Raum FFB nicht in Reichweite, das weiß man auch in der Brucker CSU. Bruck ist nicht Oberau!

7. Dass wir uns um eine Umwidmung beziehungsweise um Verbesserungen im B 2-Bereich bemühen werden, das haben wir von der BBV versprochen – mehr nicht. Plumpe, unseriöse Tunnel-Propaganda ist kein tauglicher Ersatz für Sachpolitik und rationales Verwaltungshandeln.